

Aus Bund und Ländern

Rentenreform: 100 Millionen DM zu Lasten der Kassen?

BONN. Die Reform der vom Bundestag beschlossenen Hinterbliebenenversorgung aufgrund des „Anrechnungsmodells“ führt zu einer Mehrbelastung der gesetzlichen Krankenversicherung von bis zu 100 Millionen DM jährlich. Darauf wies der AOK-Bundesverband hin.

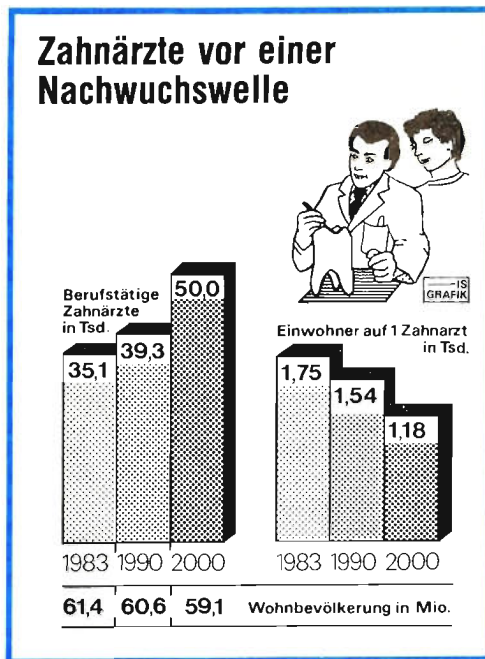
Ohnedies erlitten die Krankenkassen infolge der verschiedenen Finanztransaktionen zur Sanierung des Bundeshaushalts sowie der Renten- und Arbeitslosenversicherung erhebliche finanzielle Einbußen.

Dazu gehöre auch die Verpflichtung, Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge aus dem Krankengeld zu zahlen, ebenso wie das Vorhaben, während des geplanten Erziehungsurlaubs zwar den Versicherungsschutz in der Krankenversicherung zu erhalten, aber den Beitragsausfall nicht durch den Staat zu ersetzen.

Der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn-Bad Godesberg, addiert die Kostenverlagerungen und die Einnahmefälle allein für das Jahr 1984 auf 1,6 Milliarden DM. Diese seien zwar durch die Neuregelung der Beitragspflicht von Einmalzahlungen teilweise ausgeglichen worden.

Insgesamt seien aber Versicherte und Arbeitgeber mit zusätzlich 1,2 Milliarden DM belastet worden. Die Krankenversicherung dürfe nicht weiter als „Problemlöser für andere Bereiche“ mißbraucht werden, kommentiert der AOK-Bundesverband. EB

Das Kölner Forschungsinstitut für die zahnärztliche Versorgung: Die Zahl der berufstätigen Zahnärzte steigt bis zum Jahr 2000 um 42,5 Prozent. Kalkuliert man noch die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung ein, ergibt sich: jeder 1983 tätige Zahnarzt verliert bis zum Jahre 2000 jeden dritten Patienten an einen jungen Kollegen



Arzneimittelmuster weiter gefragt

FRANKFURT. „Ärztemuster“ werden von der Mehrheit der Ärzte als eine „sehr wichtige bzw. wichtige“ Informationsquelle geschätzt. 78 Prozent der von Infratest Gesundheitsforschung befragten niedergelassenen Ärzte sind mit der derzeitigen Regelung zufrieden. Drei Viertel der im Auftrag des Pharmabundesverbandes befragten Ärzte räumen den Präparatemustern den Vorrang ein, noch vor Informationen über Pharmaberater, Fortbildungsveranstaltungen, den Aussendungen und Anzeigen in Zeitschriften.

Die Ärzte bekundeten die Auffassung, Muster seien weiterhin notwendig, um vor allem neue Präparate kennenzulernen und im Notfall sofort darauf zurückgreifen zu können. Die Mehrheit der Befragten plädiert für die Beibehaltung der Musterabgabe nicht nur bei neuen, sondern auch bereits im Markt eingeführten bekannten Mitteln. Der Vorrat an Er-

probungsmustern diene auch dazu, eine auch „apothekenunabhängige Versorgung“ in Einzelfällen zu gewährleisten. Auch schreibt man der Bevorratung mit Probepackungen einen kostenentlastenden Effekt für die Krankenkassen zu. Gut die Hälfte der befragten Ärzte hält Muster, insbesondere bei teuren Präparaten, für unentbehrlich. Jeweils drei Viertel der Ärzte bestätigten laut dieser Umfrage, daß sie Präparatemuster regelmäßig verwenden. HC

„Tour Peiper“ für Leukämiekinder

GIESSEN. Spenden für die Erforschung besserer Behandlungsmöglichkeiten von Leukämie- und Krebskranken Kindern soll die „Tour Peiper“ einbringen, bei der vom 3. bis 7. September 1985 fast 50 Prominente von Gießen über Lahnstein, Bonn, Köln, Bad Neuenahr, Wiesbaden, Bad Homburg nach Frankfurt radeln. An mehr als 40 Stops auf der Strecke werden die prominenten Teilnehmer Autogramme ge-

ben, Informationsmaterial verteilen und um Spenden werben. Beteiligt sind unter anderem der Sportchef des ZDF, Dieter Kürten, die Radfahrer Klaus-Peter Thaler, Mike Kluge und Dietrich Thurau, die Olympiasiegerin Ulrike Meyfarth sowie der Leiter der Gießener Kinderpoliklinik, Professor Dr. med. Fritz Lampert. Veranstalter ist die Deutsche Leukämie-Forschungshilfe (Konto: Volksbank Gießen Nr. 191 19WZ)

Gewerkschaft ÖTV für neues Fortbildungskonzept

STUTTGART. Ab 1986 will die ÖTV dezentral und möglichst betriebsnah den Mitarbeitern im Sozial- und Gesundheitswesen institutions- und berufsübergreifende Fortbildungskurse im Bereich „Medizinisch psychosoziale Basisqualifikationen“ anbieten. Auf der Basis eines ganzheitlichen Verständnisses der beruflichen Tätigkeit sollen die Kurse, so die ÖTV, die Handlungsfähigkeit der Teilnehmer in ihrer individuellen Beziehung zum Patienten, aber auch in ihren kooperativen, institutionellen und berufspolitischen Zusammenhängen verbessern.

Als mögliche Themen werden unter anderem genannt: die Problematik beim Umgang mit schwerkranken und sterbenden Patienten, Rollenkonflikte im Sozial- und Gesundheitswesen, Probleme der Hilfe bei Patienten mit besonderen psychischen und sozialen Schwierigkeiten oder die Frage der sozialen Verantwortung, die aus dem eigenen Expertenstatus resultiert. Nach den Vorstellungen der Gewerkschaft ÖTV sollen die Kurse in der Erprobungsphase über sechs Monate laufen und 100 bis maximal 150 Stunden umfassen. jv